

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-A

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 24.01.2018

Von Roland Zschächner

26.01.2018

US-Geschenk für Skopje

Namensstreit um Mazedonien

Rechter Aufmarsch: Am Sonntag demonstrierten Zehntausende Nationalisten in Thessaloniki gegen die Verhandlungen mit Mazedonien



Foto: Alexandros Avramidis/Reuters

Eingeklemmt zwischen Albanien, Bulgarien, Griechenland und Serbien befindet sich der Staat FYROM. Der Name klingt kryptisch, doch ein anderer war der »Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien« bei seiner Gründung 1991 nicht vergönnt. Athen

ließ die Eigenbezeichnung »Republik Mazedonien« nicht gelten, weil der nördliche Nachbar damit die gleichnamige Region um die Hafenstadt Thessaloniki sowie die antike Geschichte und Tradition der Hellenen beanspruchen würde. In den vergangenen 20 Jahren gab es, um den Namensstreit beizulegen, von der UNO moderierte Gespräche. Für Skopje geht es um viel, denn Athen blockiert die Aufnahme Mazedoniens in die westliche Kriegsallianz NATO und die Europäische Union.

Nun gibt es Bewegung in der Auseinandersetzung. Am Freitag fand eine neue Gesprächsrunde in New York statt. Der UN-Sonderbeauftragte Matthew Nimetz zeigte sich optimistisch, dass es in den nächsten Monaten zu einer Einigung kommen wird. Am heutigen Mittwoch sollen sich der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und sein mazedonischer Amtskollege Zoran Zaev beim Wirtschaftsforum in Davos treffen und auch über das Thema beraten. Tsipras signalisierte am Sonntag in der Zeitung *Ethos* Entgegenkommen: Der Name Mazedonien sei »nicht absurd«, müsste aber durch einen zeitlichen oder geografischen Zusatz ergänzt werden.

Der griechische Meinungsumschwung kommt nicht von ungefähr. Washington macht Druck auf das in die Staatskrise getriebene Balkanland, um Mazedonien möglichst bald in die NATO aufzunehmen. Der US-Botschafter in Athen, Geoffrey Pyatt, nannte am Montag die Zeit dafür »ideal«. Die in Skopje seit vergangenem Jahr regierenden Sozialdemokraten richten ihre Politik mehr an den Maßgaben Washingtons aus statt an denen Brüssels. Zumal Zaev und sein Kabinett auch nicht den von ihren Vorgängern eingeschlagenen Weg weiterverfolgen, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Eine Lösung des Namensstreits wäre ein Erfolg für Zaev und eine Schlappe für die rechtsnationalistische Opposition.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gab am vergangenen Donnerstag bei seinem Besuch in Skopje die Marschrichtung vor: »Es gibt keinen Plan B«, Mazedonien und Griechenland sollen den Namensstreit im Interesse der Militärallianz regeln. Denn die NATO versucht mit allen Mitteln, möglichst viele Staaten in ihren Einflussbereich zu integrieren und von Moskau fernzuhalten. Eine dauerhafte und flächendeckende Präsenz in der Region würde von dort aus Einsätze in Afrika, im Nahen Osten und auch jenseits des Schwarzen Meeres ermöglichen. Außerdem geht es der vorherrschenden NATO-Macht USA darum, den Einfluss der EU – und damit vor allem der Bundesrepublik – auf dem Balkan zu beschneiden. Denn anders als noch in den 90er Jahren, damals war man noch auf Washington angewiesen, setzt mittlerweile Berlin in seinem »Hinterhof« deutsche Interessen auf eigene Faust durch.